

## MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

**Stabilisierungsprogramm: Bundesrat enttäuscht das Personal**

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal, der die Personalverbände PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol angeschlossen sind, ist empört, dass der Bundesrat im heute vorgelegten Stabilisierungsprogramm nicht nur an sämtlichen Sparmassnahmen im Personalbereich festhalten will, sondern auch bereits jetzt eine allgemeine Lohnerhöhung für 2017 ausschliesst. Das geschieht nun zum zweiten Mal in Folge und ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Milliardenüberschusses im letzten Jahr enorm frustrierend für das Personal. Dieses muss sich auch vom neuen Finanzvorsteher Ueli Maurer für dumm verkauft vorkommen, der in letzter Zeit wiederholt und auch an der heutigen Medienorientierung feststellte, dass die Personalausgaben nur gerade 8 Prozent am Bundeshaushalt ausmachen, weshalb es absurd sei, wenn diese stets im Fokus der bürgerlichen Sparanstrengungen stehen würden. Als oberster Personalchef sei es ihm wichtig, zu betonen, dass das Bundespersonal gut und engagiert arbeite und entsprechend Anerkennung verdient habe. Die Sparvorlage des Bundesrats spricht nun eine genau entgegengesetzte Sprache.

Der Bundesrat setzt einzig auf Ausgabenkürzungen und kommt damit der bürgerlichen Mehrheit im Parlament entgegen, die Steuergeschenke in grossem Stil verteilen will. Der harte Sparkurs gegen das Bundespersonal ist falsch und er ist gefährlich, der Leistungs- und Stellenabbau in den Departementen ist bereits eingeleitet. Dieser wird sich auf die Bevölkerung, vorerst aber unmittelbar auf die Kantone, Gemeinden und Privatwirtschaft auswirken. Obwohl es zum Beispiel breiten Protest gegen die Schliessung von Zollstellen gab, hält der Bundesrat auch daran fest. Auch gesamtwirtschaftlich ist das Signal des Bundesrats fatal. Die Überbewertung der einheimischen Währung belastet die Wirtschaft, die dringend auf den Binnenkonsum angewiesen ist. Lohnerhöhungen stärken den Binnenkonsum und die Bundesverwaltung ist eine der grössten Arbeitgeberinnen. Dieser Verantwortung müsste sich der Bundesrat bewusst sein.

Für Auskünfte:

- Maria Bernasconi, Generalsekretärin PVB und Vizepräsidentin VGB, Tel. 078 718 71 13